

Rheinland-pfälzische Flüchtlingsorganisationen fordern Abschiebestopp in den Sudan

Die zunehmende Eskalation im Sudan veranlasste die Bundesregierung unlängst, deutsche Staatsangehörige auszufliegen. Währenddessen verschlimmert sich die Situation vor Ort, inländische Fluchtalternativen gibt es keine. Gleichzeitig bleibt die Sorge einiger Sudanesischen in Rheinland-Pfalz bestehen, in den Sudan abgeschoben zu werden.

Der Flüchtlingsrat RLP, das Projekt „Bleiberecht und Perspektiven RLP“ und der Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP haben sich an das rheinland-pfälzische Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration gewandt und einen sofortigen Abschiebestopp in den Sudan gefordert, da die Sicherheit der dorthin abgeschobenen Personen nicht garantiert werden kann. Das Land ist nach §60 a Abs. 1 AufenthG dazu berechtigt, einen derartigen Abschiebestopp sofort und für drei Monate zu verkünden.

„Wir begrüßen es sehr, dass die Landesregierung uns gegenüber bereits ihre Gesprächsbereitschaft zu den Auswirkungen der aktuellen Entwicklung im Sudan für sudanesischen Geflüchtete in Rheinland-Pfalz signalisiert hat. Wir werden dieses Gesprächsangebot gerne annehmen“, so Pierrette Onangolo vom Flüchtlingsrat RLP.

Die Lage im Sudan ist unübersichtlich, es kann nicht eingeschätzt werden, wie es weitergehen wird. Ein landesweiter Abschiebestopp ist daher nur der erste Schritt. Die Organisationen fordern die Integrationsministerin Katharina Binz deshalb dazu auf, sich auch auf der Bundesebene für einen langfristigen bundesweiten Abschiebestopp in den Sudan einzusetzen.

Torsten Jäger vom Initiativausschuss für Migrationspolitik ergänzt: „Dazu muss es einen Stopp aller ablehnenden Asylbescheide geben, bis es eine neue Evaluierung der Lage durch einen neuen Lagebericht aus dem Auswärtigen Amt gibt.“ Diese Lageberichte dienen dem BAMF, aber auch den Gerichten, als entscheidende Grundlage um die Situation im Herkunftsland einzuschätzen. Dies geht nicht mit einem Lagebericht, der die neusten Entwicklungen nicht berücksichtigt.

Da von einer kurzfristigen Stabilisierung der Lage im Sudan nicht auszugehen ist, müssen außerdem langfristige Bleibeperspektiven für die Geflüchteten aus dem Sudan gefunden werden, die sich bereits hier befinden.

„Eine langfristige Bleibeperspektive unterstützt die Sudanesischen in Zeiten der Sorge um Familienmitglieder und Freund:innen. Daneben ermöglicht es den Geflüchteten hier anzukommen und Fuß zu fassen“, so Lisa Kurapat vom Projekt Bleiberecht und Perspektiven RLP.

Pressekontakt

Annika Kristeit

Flüchtlingsrat RLP

Tel. 06131/4924734

info@fluechtlingsrat-rlp.de

Über die Verfasser:innen:

Flüchtlingsrat RLP e.V.

Der Flüchtlingsrat RLP e.V. ist eine Menschenrechtsorganisation, die sich mit Flüchtlingen und Migrant:innen solidarisiert und sich für deren politischen und sozialen Rechte stark macht. Der Flüchtlingsrat RLP e.V. fordert gleiche Rechte für alle, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht,

sexueller Orientierung, Befähigung, gesellschaftlichem oder wirtschaftlichem Status. Der Flüchtlingsrat RLP e.V. arbeitet überparteilich. Mit Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Gesprächen mit der Politik unterstützt er die solidarische Flüchtlingsarbeit im Bundesland.

Projekt Bleiberecht und Perspektiven (BuP)

Das Projekt Bleiberecht und Perspektiven ist ein im Flüchtlingsrat RLP e.V. verankertes Projekt mit dem Ziel, gemeinsam mit Modellkommunen zu evaluieren, wie bestehende Bleiberechtsregelungen effektiv umgesetzt werden können, sodass möglichst viele Anspruchsberechtigte davon profitieren können.

Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP

Das landesweite Netzwerk der Migrationsarbeit setzt sich für die Gleichberechtigung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant:innen in gesellschaftlicher, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sowie für das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten ein.